

Bürgerhaushalt 2013

**Bürgervorschläge
Ausschuss Allgemeine
Verwaltung und
Rechtsfragen/ Vergaben
/Internationales**

Bürgerhaushalt 2013/2014

Top 10 Bürgervorschläge

8

Vorschlagsnummer B-131

Vorschlag für

Gesamt Köln

Vorschlagsart

Sparvorschlag

Bußgeld Hundehaufen, Scherben, Wildpinkeln

Anstatt Politessen für Autofahrer loszuschicken, sollte das Ordnungsamt endlich die Hundebesitzer, Wildpinkler und Sachbeschädiger zur Kasse bitten. Köln versinkt in Dreck und Hundehaufen. Dort sollten empfindliche Bußgelder verhängt werden, die Stadtkasse wäre nach 2 Monaten gut gefüllt, wenn dort endlich eingegriffen wird.

Vorschlag zur Gegenfinanzierung

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Votes
67	241	214	27

Stellungnahme der Verwaltung

Für eine Millionenstadt wie Köln ist ein sauberes Stadtbild von ganz besonderer Bedeutung. Um dieses wichtige Ziel zur Erhöhung der Attraktivität der Stadt im Allgemeinen sowie der Lebensqualität aller Kölnerinnen und Kölner im Besonderen zu erreichen, setzt die Stadtverwaltung verschiedene Maßnahmenkonzepte um. Ein Schwerpunkt liegt auf der Sensibilisierung der Kölner Bürgerinnen und Bürger durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Hierzu wird schon bei den Kleinsten angesetzt, wie z.B. im Rahmen der Vorleseaktion des Oberbürgermeisters an Grundschulen zum Thema "Saubere Stadt" im Jahr 2011. Daneben leisten die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln (AWB) durch regelmäßige und gründliche Reinigungsmaßnahmen sowie durch sonstige Serviceleistungen (z.B. Bereitstellung von kostenfreien Hundekotbeuteln an den Eingängen von diversen Grün- und Parkanlagen etc.) einen wesentlichen Beitrag zur Sauberkeit des Stadtbildes.

Ein weiteres Instrument ist die konsequente Ahndung von Fehlverhalten im Zusammenhang mit Verunreinigungen des Stadtbildes. Ordnungswidrigkeiten werden bereits konsequent geahndet. Im Oktober 2010 hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, dass ab 01.01.2011 höhere Verwarnungs- und Bußgelder im Bereich Sauberkeit zur Ahndung von festgestellten Verstößen angewendet werden. Diese härtere Vorgehensweise wurde durch eine entsprechende Öffentlichkeitskampagne begleitet.

Das Verunreinigen von Straßen, Wegen und Plätzen durch Hundekot wird z.B. auf Grundlage des § 2 der Kölner Straßenordnung geahndet. Bei Verstößen droht den Hundehalterinnen bzw. Hundehaltern ein Bußgeld in Höhe von 35 bis 500 EUR. Bei einem erstmaligen Verstoß wird ein angemessener, dem Verhältnismäßigkeitsprinzip entsprechender Betrag erhoben. Bei Folgeverstößen ist in der Regel mit einem höheren Bußgeld zu rechnen. Bei beharrlicher Missachtung kann der vorgegebene Bußgeldrahmen schrittweise voll ausgeschöpft werden. Bei der Festlegung der Höhe des konkreten Bußgeldes spielt auch der "Tatort" (z.B. Kinderspielplatz) eine Rolle sowie die Bereitschaft der Hundehalterin bzw. des Hundehalters den Hundekot nach Aufforderung selbst zu beseitigen.

Problematisch ist, dass oftmals nur das "Resultat" des Verstoßes und nicht der Täter angetroffen wird. Eine Erhöhung der Ahndungsquote könnte mithin nur durch eine deutlich erhöhte Präsenz- und Kontrolldichte erreicht werden. Das ist mit den vorhandenen Personalressourcen des Ordnungsdienstes aber nicht leistbar

Eine weitere Erhöhung des Bußgeldrahmens ist im Übrigen nicht möglich. Soweit es um Verstöße wegen Verunreinigung geht, fallen diese regelmäßig unter den landeseinheitlichen Bußgeldkatalog Umwelt. Dieser hat Richtliniencharakter für die Kommunen und ist von diesen

Bürgerhaushalt 2013/2014

Top 10 Bürgervorschläge

grundsätzlich zu beachten. Die Verwarnungs- und Bußgelder der Stadt Köln befinden sich aber bereits am oberen Rand des Bußgeldrahmens aus dem Bußgeldkatalog Umwelt. Weitere Erhöhungen würden sich daher nicht mehr an den vorgegebenen Rahmen des Bußgeldkataloges Umwelt halten und wären damit rechtlich angreifbar. Die Stadt Köln setzt sich auf Landesebene dafür ein, eine Erhöhung der Verwarn- und Bußgelder in dem Bußgeldkatalog Umwelt zu erreichen.

Für die Ahndung von "Müllordnungswidrigkeiten" ist der Ordnungsdienst der Stadt Köln zuständig. Die Grünanlagen werden ebenso wie das öffentliche Straßenland durch diesen kontrolliert. Zum 01.04.2008 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die 9 Stadtbezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktkontrollen - z.B. bei entsprechenden Hinweisen auf Missstände aus der Bevölkerung - durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Hierdurch ist eine flächendeckende Überwachung des Stadtgebiets gewährleistet.

Der Vorschlag wird größtenteils somit bereits umgesetzt. Die Zusetzung von weiterem Personal wäre nur durch eine Budgeterhöhung möglich.

Bürgerhaushalt 2013/2014

Top 10 Bürgervorschläge

9

Vorschlagsnummer B-640

Vorschlag für

Gesamt Köln

Vorschlagsart

Sparvorschlag

Globale Verantwortung übernehmen!

Globale Verantwortung übernehmen!

Mit Ratsbeschluss vom 18.12.2008 hat der Rat der Stadt Köln das Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele beschlossen. Darin heißt es: „Köln profitiert als europäische Metropole von der Globalisierung. Es liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Stadt Köln, wenn sie als deren Nutznießerin selbst globale Verantwortung übernimmt“.

Schon zuvor, am 08.11.2007, hat der Rat der Stadt Köln, angeregt vom zivilgesellschaftlichen Bündnis Köln Global, die so genannte Millenniums-Erklärung beschlossen. In der Erklärung heißt es, dass der Rat der Stadt Köln die von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 verabschiedeten Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, kurz MDGs) für eine bessere, gerechtere Welt begrüße und die Notwendigkeit des kommunalen Engagements in der UN-Millenniumkampagne anerkenne.

Das Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele stellt fest: „Indem sie [die Kommunen] sich für die Entwicklungsziele einsetzen, investieren sie in einer immer interdependenten werdenden Welt in ihre eigene Zukunft“. Mit dem Beschluss des Aktionsprogramms, so heißt es weiter, bekundet die Stadt Köln „ihren politischen Willen und ihre Entschlossenheit, durch konkrete Aktionsprogramme, Maßnahmen, Förderungen und Vernetzungen an der Verwirklichung der UN-Millenniumsentwicklungsziele mitzuwirken, für Globalisierungsprozesse zu sensibilisieren sowie das vielfältige und reichhaltige bürgerschaftliche Engagement der entwicklungspolitischen Akteure zu würdigen“.

Seit 2009 wurden, als Folge dieser politischen Willensbekundung, u.a. jährlich Haushaltsmittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeit freigegeben. Gefördert wurden unterschiedlichste Projekte (Ausstellungen, Veranstaltungen, Tagungen, Filmreihen, Kampagnen etc.), die entlang diverser Themenfelder (Menschenrechte, Umwelt, fairer Handel, Bildung, Gesundheit etc.) die Kölner Bevölkerung auf die Millenniums-entwicklungsziele aufmerksam gemacht und für Globalisierungsprozesse sensibilisiert haben.

Die Gelder für entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die so genannten MDG-Mittel, kommen im Kölner Haushaltsplanentwurf 2013/2014 nicht mehr vor.

Ebenso ist nach Durchsicht des Haushaltsplanentwurfes zu befürchten, dass das städtische Netzwerk "Eine-Welt Stadt Köln" in Zukunft über kein Budget mehr verfügt. Das Netzwerk wurde am 05.05.2011 mit prominenter Unterstützung gegründet, um eine Plattform des Dialogs und Erfahrungsaustausches für die vielen engagierten Vereine, Religionsgemeinschaften, Organisationen, Institutionen und Unternehmen in Köln, die sich für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele einsetzen, zu schaffen. Die Gründung des Netzwerkes hat OB Jürgen Roters als Zeichen dafür gewertet, dass „wir über unseren Tellerrand hinaussehen, ein Zeichen dafür, dass wir sensibel sind für unsere Mitmenschen auch in anderen Regionen der Erde, ein Zeichen dafür, dass Köln aktiv mitarbeiten will an einer gerechteren und lebenswerten Welt“. Tatsächlich hat das noch junge Netzwerk in relativ kurzer Zeit den Dialog maßgeblich gefördert und viele Erfolge verbuchen können, wie z.B. die Auszeichnung der Stadt Köln zur Fair-Trade-Town oder die große Veranstaltung zum UN-Gipfel Rio+20 im Rahmen der Städtepartnerschaft Rio de Janeiro – Köln.

Bürgerhaushalt 2013/2014

Top 10 Bürgervorschläge

Diese wertvolle Entwicklung für die Kölner Eine-Welt-Szene muss im Interesse der gesamten Kölner Bevölkerung weitergeführt und weiterfinanziert werden. Der OB hat es bereits auf den Punkt gebracht:

„Durch den Blick auf globale Zusammenhänge und interkulturelle Erfahrungen erwerben Kölnerinnen und Kölner Toleranz, Weltoffenheit und weitere Schlüsselqualifikationen, die in einer internationalen Stadt wie Köln unerlässlich sind. Dies ist zugleich eine gute Vorbeugung gegen Rechtsextremismus“.

Die im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 vorgesehenen Einsparungen für die Eine-Welt-Arbeit sind erst recht in Zeiten der so genannten Bürgerbewegung Pro Köln nicht zu vertreten und werden einer Stadt wie Köln und ihrer Verantwortung für die weltweiten Entwicklungen (Klimawandel, Migration etc.) nicht gerecht. Vielmehr, so unsere These, sind die oben dargelegten Sparvorschläge die kommunalpolitische Verabschiedung in ein provinzielles Gestern.

In Zeiten knapper Kassen ist es klar, dass auch die entwicklungspolitische Arbeit in Köln Einsparungen hinnehmen muss. Selbst eine Kürzung auf etwa 50% des bisherigen Budgets würde von den Akteuren durch vermehrte Anstrengungen sicher aufgefangen werden können. Eine komplette Streichung allerdings wäre, auch im Hinblick auf die bereits investierten Mittel, absolut unverhältnismäßig und käme einer Misswirtschaft gleich. Von der Signalwirkung ganz zu schweigen.

Auch in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten gilt also: Köln muss weiterhin globale Verantwortung übernehmen!

Ein Plädoyer von

Christian Nehls
Koordination für entwicklungspolitische Bildungsarbeit
Region Köln/Bonn
Allerweltshaus e.V.
Körnerstr. 77-79
50823 Köln

Tel: + 49 221 9499476
Mail: eineweltarbeit@allerweltshaus.de
www.allerweltshaus.de
www.koelnglobal.de
www.eine-welt-netz-nrw.de

Vorschlag zur Gegenfinanzierung

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Votes
11	198	190	8

Stellungnahme der Verwaltung

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit bleibt trotz notwendiger Haushaltskürzungen Bestandteil der internationalen Aktivitäten der Stadt Köln.

Das entwicklungspolitische Engagement wird allerdings angesichts der Haushaltslage auf die Kölner Partnerstädte konzentriert, von denen mehrere auch zu den Zielländern der deutschen

Bürgerhaushalt 2013/2014

Top 10 Bürgervorschläge

Entwicklungspolitik gehören (Bethlehem, Corinto/El Realejo, Rio de Janeiro und Tunis). Aus dem Budget für die Städtepartnerschaften sollen daher auch in Zukunft Aktivitäten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Bezug zu diesen Partnerstädten finanziert werden.

Auf dieser Grundlage soll auch das Netzwerk „Eine-Welt Stadt Köln“ weiterhin genutzt werden. Die Verwaltung hat ein Interesse daran, den hier begonnenen Dialog und Erfahrungsaustausch fortzuführen.

Köln wird also seiner Verantwortung für globale Zusammenhänge und für die Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele weiterhin gerecht werden, auch wenn der Fördertopf zur entwicklungspolitischen Inlandsarbeit (sogenannter „MDG-Fördertopf“) nicht mehr zur Verfügung steht. Die Einsparungen ergeben lediglich eine Fokussierung und Konzentration, die im Hinblick auf die Haushaltslage als notwendig erachtet wird.

Dem Vorschlag wird somit bereits Rechnung getragen.